

Für eine bäuerliche Landwirtschaft mit Zukunft in Baden-Württemberg

Als Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Baden-Württemberg stehen wir für eine kleinbäuerliche Landwirtschaft, in der Bäuerinnen und Bauern von ihrer Arbeit leben können und die lebendige ländliche Räume und eine vielfältige Kulturlandschaft erhält. Eine Landwirtschaft, die unsere Lebensgrundlage dauerhaft sichert, ihren Teil zum Umwelt- und Klimaschutz beiträgt und die weltweit zur Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität beiträgt.

Damit dies möglich ist, müssen folgende Punkte von der zukünftigen Landesregierung umgesetzt werden:

1. Gentechnikfreiheit und Schutz der Saatgutvielfalt sichern

Gentechnikfreie Landwirtschaft in Deutschland und Europa muss weiterhin möglich sein. Dafür braucht es transparente Kennzeichnung für NGT1- und NGT2-Pflanzen, strenge Risikoprüfungen und klare Haftungsregelungen für Fälle der Kontamination sowie Schutz vor Verunreinigungen durch Standortregister, verpflichtende Abstände und Reinigungsaufgaben bis zum Endprodukt.

Um bäuerliche Saatguterzeugung und Züchtung weiterhin zu ermöglichen und die Abhängigkeit von Konzernen zu reduzieren, darf es keine Patente auf Saatgut geben.

2. Existenzgründungen und Hofübernahmen ermöglichen

Die Zukunft der Landwirtschaft ist nur gesichert, wenn junge Menschen aufs Land gehen und Höfe übernehmen. Um jungen Menschen eine Perspektive in der Landwirtschaft zu geben, brauchen wir eine konzeptbasierte Existenzgründungsprämie in Höhe von mind. 100.000 Euro/Antragssteller*in, die Gärtner*innen und Betriebsgemeinschaften einschließt, die unabhängig von Hektarzahl ist und Regelungen zu max. Tierbesatz (2 GV/ha) und verpflichtende Umwelt-, Klima-, Tierwohl- und soziale Projekte beinhaltet.

Für Neueinsteiger*innen und Übernehmer*innen müssen einfache Rechts- und Verwaltungswege gelten. Mentoringprogramme und besondere Förderungen für die außerfamiliäre Hofübergabe unterstützen junge Bäuerinnen und Bauern Betriebe zu übernehmen.

3. Landwirtschaftliche Flächen schützen und Versiegelung begrenzen

Für den Fortbestand bäuerlicher Betriebe ist der Zugang zu bezahlbaren Flächen entscheidend. Es braucht eine Obergrenze an Flächeninanspruchnahme durch Siedlungs- und Infrastrukturprojekte. Eine nachhaltige Flächenpolitik muss daher Innenentwicklung, Flächenrecycling und intelligente Planung priorisieren, um landwirtschaftliche Nutzflächen zu erhalten. Ein wirksames Agrarstrukturverbesserungsgesetz mit Zielen, Instrumente und Evaluation und dessen strikter Vollzug sowie Zustimmungspflichten von Genehmigungsbehörden bei Anteilskäufen verhindern spekulative Landkäufe und eine nachteilige Konzentration von Flächen und ist daher dringend nötig. Für den Erhalt einer vielfältigen Agrarlandschaft und bäuerlicher Betriebe müssen Kommunen ihrer Verantwortung gerecht werden und ihre Flächen nach gemeinwohlorientierten Kriterien verpachten und verkaufen.

Die Preissteigerung von Flächen durch Freiflächen-PV-Anlagen wird durch die Priorisierung von PV-Anlagen auf bestehenden Betriebsgebäuden und Hofdächern und Agri-PV eingedämmt.

4. Regionale Verarbeitungsstrukturen erhalten und ausbauen

Damit Wertschöpfung auf den Höfen bleibt, Arbeitsplätze im ländlichen Raum entstehen und Versorgung mit regionalen Lebensmitteln möglich ist, müssen regionale Verarbeitungsstrukturen gestärkt und aufgebaut werden. Es braucht Unterstützung für den Bau, Betrieb und die Modernisierung regionaler Molkereien, Schlachtbetriebe, Mühlen sowie Obst- und Gemüseverarbeitung. Kooperationen zwischen Kleinbetrieben, Genossenschaften und kommunale Initiativen sollen gefördert werden.

Damit gesellschaftlich gewünschte Leistungen wie die Verbesserung des Tierwohls umgesetzt werden können, muss die Schlachtung im Herkunftsbetrieb erleichtert werden. Das beinhaltet die Deckelung der Beschauggebühren für KMU einschl. Schlachtung im Herkunftsbetrieb, die risikoorientierte Ausnahmen von der Anwesenheitspflicht des amtlichen Tierarztes während der Schlachtung und der Ausweitung des Kugelschusses auch auf Rinder, die nicht ganzjährig im Freien gehalten werden.

5. Regionale Vermarktung stärken und faire Wertschöpfung sichern

Damit bäuerliche Betriebe wirtschaftlich bestehen können, brauchen sie faire Preise und eine stärkere Position innerhalb der Wertschöpfungskette. Die Unterstützung regionaler Vermarktungswege durch Listung von Regionalprodukten kleinbäuerlicher Betriebe und Erzeugergenossenschaften in Supermärkten und Discountern und die Stärkung anderer Vermarktungsstrukturen wie Solawis, Hofläden, regionalen Märkten, Direktvermarktung und digitalen Vertriebsformen erhöht die Wertschöpfung auf den Höfen.

Um den Absatz regionaler und ökologischer Produkte zu fördern, müssen öffentliche Einrichtungen eine Mindestmenge an regionalen, möglichst ökologisch erzeugten Produkten in der Gemeinschaftsverpflegung verwenden. Eine Möglichkeit Kinder mit gesunden, lokal erzeugten Lebensmitteln zu versorgen, ist die Wiederaufstockung des EU-Schulprogramms auf 34 Lieferwochen.

Eine bäuerliche Landwirtschaft ist dauerhaft nur möglich, wenn Landwirte und Landwirtinnen ihre Kosten decken und Gewinne machen können. Damit sie faire Preise für ihre Arbeit erhalten, muss sich die Landesregierung für die Vertragspflicht (Preis, Vertragsdauer, Menge, Qualität...(Art. 148 GMO)) sowie für ein Verbot des Verkaufs von Landwirtschaftserzeugnissen unter Erzeugerpreis einsetzen, eine unabhängige Preisbeobachtungsstelle einrichten, die freiwillige Mengenregulierung gegen Ausgleichszahlung und Preisabsprachen der Erzeugerseite bei Erfüllung von Nachhaltigkeitskriterien (Art. 210a GMO) ermöglichen.

6. Öffentliche Leistungen angemessen entlohnen

Die Gelder der GAP ab 2028 müssen für die Finanzierung von Umwelt- und Ökoleistungen eingesetzt werden, um die öffentlichen Leistungen der Bäuer*innen angemessen zu honorieren. In Baden-Württemberg müssen die Fördersätze der FAKT-Maßnahmen sowie die Förderungen der Pflege von Streuobst-Wiesen erhöht werden, damit unsere Kulturlandschaft erhalten bleibt und Landwirtschaft weiterhin die Ökosystemleistungen erbringen kann, die die Gesellschaft von den Bäuerinnen und Bauern fordert.

Für eine Landwirtschaftspolitik, für die jeder Hof zählt!